

Mit den Grünen in den Krieg

„Werte verteidigen“ klingt zunächst vernünftig. Diese Formulierung zeugt aber von einer Moralisierung der Außenpolitik, die nur in enthemmter Gewalt enden kann. Ein Kommentar.

[Michael Andrick](#)

[Die Grünen](#) werben zur [Europawahl am 9. Juni](#) mit dem Slogan „Werte verteidigen. Frieden schützen.“ Das ansprechend gestaltete Plakat zeigt Menschen in sonnenfarbiger



Kleidung, die, in eine [EU-Fahne](#) gehüllt, jubilierend in eine hellblau-dunstige Landschaft auszuschwärmen scheinen. Fassen wir den Aufruf des Plakats in einen vollständigen Satz, dann besagt es in etwa: „Wir müssen unsere Werte verteidigen, um den Frieden zu schützen.“

Damit ist tatsächlich die außenpolitische Agenda der Bündnisgrünen klar umrissen. Sie lautet im Kern: „Wir wollen Krieg.“ Diese Folgerung aus dem Wahlkampfslogan ergibt sich direkt und zwingend aus den im Slogan verwendeten Begriffen und ihrer Verknüpfung.

Wertekonflikte oder Interessenausgleich?

Werte sind logisch betrachtet das, worauf Interessen beruhen. Weiß ich zum Beispiel, dass mir eine lebenslange Einbindung in eine enge Gemeinschaft zum Lebensglück nötig ist, dann schätze ich den Wert menschlicher Verbundenheit. Dieser Wert mag bei vielen mit einem Wunsch nach gesellschaftlicher Solidarität, also des Einstehens füreinander im Notfall, einhergehen. Von so jemandem könnten wir sagen: Seine oder ihre Werte sind Verbundenheit und Solidarität.

Aufgrund dieser Werte entscheidet ein solcher Mensch, welche Interessen er in einer gegebenen Situation für sich wahrnehmen und für andere wahren möchte. Wird über Steuerpolitik gestritten, so wird er eine Begünstigung fester Partnerschaften wünschen, und streitet man um den Sozialstaat, vielleicht eine umlagefinanzierte [Rente](#). Werte sind logisch fundamental, Interessen werden aus ihnen abgeleitet. Die erklärten Interessen anderer prüfen wir anhand unserer Werte auf Legitimität.

Hier mag man einwenden: „Aber Politiker reden doch nur von Werten, sie verfolgen in Wahrheit einfach die finanziellen Interessen der sie versorgenden Oligarchen!“ Selbst wenn sich das so verhielte, wäre damit nichts gegen den fundamentalen Charakter von Werten bewiesen. Ein solcher Politiker lügt einfach über seine handlungsleitenden Werte

(Ruhm und Geld vielleicht), aber die Interessen, die er je nach Situation für sich sieht und wahrnimmt, sind dennoch von Geltungssucht und Habgier bestimmt. Anhand der Werte Ruhm und Geld entscheidet er, was er politisch betreibt und was er lieber hintertreibt.

Stellt jemand unsere Werte infrage, so können wir nur unsere Beweggründe darlegen, diese Werte fundamental zu setzen und unsere Entscheidungen davon abhängig zu machen, ob ihnen entsprochen wird oder nicht. Während der andere uns seine Gründe dafür geben kann, seine eigenen Werte fundamental zu setzen und seine Entscheidungen davon abhängig zu machen, ob ihnen entsprochen wird oder nicht.

Eine über diese Konfrontation mit unseren Grundüberzeugungen (den Werten) hinausgehende Interaktion kann hier nicht stattfinden. Wir können zwar versuchen, den anderen von der alles andere überragenden Wichtigkeit unserer Werte zu überzeugen, und in sehr seltenen Fällen mag dies sogar gelingen. Doch damit wäre *politisch* gar nichts gewonnen. Schließlich muss sich die Gestaltung einer politischen Ordnung darauf richten, den *allgemein üblichen* Verlauf einer solchen Konfrontation friedlich und schiedlich verwaltbar zu machen.

Der allgemein übliche Verlauf einer solchen Konfrontation ist *nicht* die Einigung, sondern Indignation, Verärgerung, Unverständnis und die negative moralische Einschätzung des Gegenübers; vielleicht seine Meidung in der Annahme, auf „so einen“ sei kein Verlass. Dazu käme die feste Selbstzuordnung zu all jenen, die unsere Werte teilen, die also in diesem unseren Sinne *die Guten* sind. Nur dann sind wir, wie der grüne Slogan es fordert, *verteidigungsbereit*.

Die auf der Werteebene geführte Konfrontation hat gesellschaftlich und international nur zwei Auswege: Trennung der Fraktionen oder offener Konflikt mit dem Ziel, die jeweils andere Fraktion im Sinne der eigenen Werte zu dominieren.

Gesellschaftlich ist die moralisierte, auf der Werteebene geführte Konfrontation eine Spaltung, international bedeutet sie grundsätzlich *Krieg* – ob dieser nun als Informations- und Wirtschaftskrieg oder in der direkt menschenverbrauchenden Version als offene Feldschlacht geführt wird, ist für diesen prinzipiellen Zusammenhang unerheblich.

Wer also „Werte verteidigen“ will, der gibt damit zu erkennen, dass er die politische Diskussion moralisieren und somit eine unversöhnliche Haltung gegenüber allen einnehmen *will*, die seine Werturteile nicht teilen. Die Formulierung des Plakats zeigt, dass die grünen „Werteverteidiger“ sich auf der Ebene der Werte *angegriffen* sehen möchten – während politisch nüchtern einfach von den Interessen anderer Parteien die Rede wäre, die Gegenstand, oh Wunder, eines friedlichen Interessenausgleiches unter Gleichberechtigten sein könnten.

Unversöhnlichkeit als Programm

Wer als böse markiert ist, der ist nicht mit den Guten gleichberechtigt, sondern er muss – ja, was eigentlich? „Eingehegt“, „aufgehalten“ oder „gestoppt“ werden, ihm muss „eine Lektion erteilt werden“. All diese Phrasen finden sich [in der Kriegsberichterstattung](#), nicht nur der gegenwärtigen. Es sind Phrasen der moralischen Empörung, nicht der politischen Klugheit.

Sie sind in dem Augenblick politisch angemessen und richtig, wo man sich einem Gegner gegenüber sieht, der wie Hitler keinen Interessenausgleich, sondern die Weltherrschaft und die Vernichtung all dessen anstrebt, was er als „lebensunwertes Leben“ betrachtet. Wo keine Hand ausgestreckt wird, da kann man sie auch nicht ergreifen. Wo die Zivilisation, also die gemeinsame Bürgerlichkeit unter einem für alle geltenden Gesetz zugunsten einer herbeiphantasierten rassistischen Ordnung abgeschafft werden soll, da muss man um sein Leben kämpfen; und die Kommunikation darüber muss dann auch Teil dieses Kampfes, muss Wertepropaganda sein.

Eine solche Situation, die allein die zeitweise Mutation der Politik zur unversöhnlichen Werteverteidigung rechtfertigen kann, liegt heute in Europa nicht vor. Ein Interessenausgleich zwischen der Nato und Russland ist möglich. Zahlreiche konkrete Vorschläge dazu wurden jahrzehntelang, zuletzt Wochen vor Kriegsbeginn, von russischer Seite unterbreitet.

Aber so will man das bei den Grünen nicht betrachten. Die Grünen wollen den Krieg, nicht den Interessenausgleich. Die propagandistische Vollendung des hoch manipulativen, zum Krieg treibenden Plakats besteht darin, dass es *als Folge* der begrifflichen Kriegsstiftung durch Moralisierung der Politik den *Schutz des Friedens* behauptet – während mitten in Europa ein Krieg mit Hunderttausenden Toten tobt, der auf eine mehr als dreißigjährige Verhinderung eines friedlichen Interessenausgleichs zwischen Russland und der [Nato](#) zurückgeht. Es handelt sich hier um eine perverse, das heißt im Grunde der Sache und entweder mit Absicht oder aus Dummheit verdrehte, *umgekehrte* Logik. Wer das bedenkt, der sollte den Wahlkampfslogan „Werte verteidigen. Frieden schützen.“ völlig neu bewerten. Wir alle haben am 9. Juni die Wahl. Sie wird uns dieses Mal sehr leicht gemacht.

Michael Andrick ist Philosoph und Autor. Sein aktueller Spiegel-Bestseller „Im Moralfängnis – Spaltung verstehen und überwinden“ behandelt die Effekte einer leichtfertigen Moralisierung politischer Debatten.